



EMILIA MÜLLER, Mdl

Unsere Arbeitswelt steht vor einem großen, immer schneller werdenden Wandel. Wirtschaftlicher Fortschritt und Globalisierung beeinflussen zunehmend und haben entscheidenden Einfluss darauf, welche Arbeitsplätze es in Zukunft geben wird und wie sich diese verändern. Der technische Fortschritt und allen voran die zunehmende Digitalisierung stellen veränderte Anforderungen an Wirtschaft und Arbeitnehmer.

Die demografische Entwicklung hat bereits jetzt deutlich spürbare Auswirkungen auf Altersstruktur und die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Wir werden älter und weniger. Heute leben 7,3 Mrd. Menschen auf der Erde. Wir Europäer stellen nur noch 7 Prozent der Weltbevölkerung und sind im täglichen Wettlauf um die

Arbeitsmarkt der Zukunft Gute Arbeit in einer digitalisierten Arbeitswelt

Zukunft mit jungen und hoch qualifizierten Menschen aus der ganzen Welt. Durch die hohe Dynamik in vielen Schwellenländern entsteht eine Wettbewerbsverschärfung für die Wirtschaft. Der Qualifizierungsdruck steigt, da Produktion ins Ausland verlagert wird.

Dieser Wandel stellt uns alle, die Wirtschaft, die Politik und auch jeden einzelnen Bürger vor neue Herausforderungen - bietet aber auch neue Chancen. Die Internationalisierung der bayerischen Wirtschaft ist überdurchschnittlich. Dies zeigt auch die bayerische Exportquote, die im Jahr 2013 mit 52 Prozent ein neues Allzeithoch erlebt hat. Nach der Studie „Wirtschaft 2040“ der Prognos AG wird der Außenhandel für die bayerischen Unternehmen bis 2040 knapp ein Drittel des Wachstums beisteuern.

Die wirtschaftliche Lage in Bayern ist gut

Die bayerische Wirtschaft ist hervorragend aufgestellt und der Arbeitsmarkt stabil. Bayern hat seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenquote aller Länder. Wir sind auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Mit einer Quote von aktuell 3,7 Prozent im April liegt die Arbeitslosigkeit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit 6,5 Prozent. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 800.000 neue

versicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Mit rund 5,1 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurde in Bayern ein neuer Rekordwert erreicht. Ich rechne damit, dass sich dieser Trend weiterhin fortsetzen wird.

Qualifizierung ist der Schlüssel für die künftigen Anforderungen an Arbeitnehmer: Das derzeit am meisten diskutierte Thema zur Arbeitswelt ist die Digitalisierung unter dem Stichwort „Industrie 4.0“. Die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen betreffen die ganze Gesellschaft und damit auch die Arbeitswelt: Klassische Wertschöpfungsketten werden aufgebrochen. Neue Gestaltungsoptionen der Arbeitsprozesse entstehen. Qualifikationsanforderungen verändern sich.

Altenberger

Das klassische sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnis bekommt zunehmend Konkurrenz durch sogenannte Freelancer. Sie bieten ihre Dienste im „Netz“ weltweit an. Damit werden Dienstleistungen künftig rund um die Welt verfügbar sein. Monotone Fließbandarbeit wird künftig von Robotern erledigt. Arbeit wird mobiler, flexibler aber auch anspruchsvoller. Dadurch steigt aber auch der Qualifizierungsdruck für die Arbeitnehmer. Die Halbwertszeit des Wissens sinkt. Lebenslanges Lernen und >> Seite 2



Bitte vormerken: Bayerischer Wirtschaftstag 2015
am 27. Juli 2015 in Fürth (Stadthalle)
„Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel offensiv gestalten“



STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT

www.steinpichler.de

STEINPICHLER Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz | 80333 München
Tel.: 089 / 212 68 52-0 | info@steinpichler.de | www.steinpichler.de

„Wenn jemand ab dem Tag der Urteilsverkündung die derzeitigen
Verschonungsregelungen exzessiv ausnutzt, dann gilt kein Vertrauensschutz.“
(BVerfG, Urteil vom 17.12.2014)

>> weiter von Seite 1 Weiterbildung werden daher unverzichtbarer Bestandteil des Arbeitslebens sein. Darauf stellen wir uns schon heute ein. Mit dem Europäischen Sozialfonds unterstützen wir beispielsweise Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbstätige auch in Einzelfirmen. Hierfür stellen wir in den nächsten sieben Jahren über 35 Millionen Euro zur Verfügung.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Wenn wir weiter zur Weltspitze gehören wollen, müssen wir noch schneller und innovativer werden. Nur mit Erfindergeist haben wir uns in den vergangenen Jahrzehnten von der Agrargesellschaft über das Industriezeitalter in das Informationszeitalter katapultiert. Innovation ist nach wie vor der Schlüssel für unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Deshalb ist unsere wichtigste Ressource das Know-How, die Leistungskraft und der Ideenreichtum der Menschen. Unser Ziel ist ein Arbeitsmarkt, auf dem jeder die Möglichkeit haben wird, seine persönlichen Potentiale und seine individuellen Fähigkeiten bestmöglich einzubringen.

Gerade zur Sicherung des Fachkräftebedarfs müssen wir alle vorhandenen Ressourcen aktivieren. Dies erfordert auch ein Umdenken in der Personalpolitik: Sie müssen allen Personengruppen offen gegenüber stehen und die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter als Chance für den Unternehmenserfolg sehen. Alle Mitarbeiter – egal ob jung oder alt, Mann oder Frau – sollen die gleiche Wertschätzung erfahren. Deshalb muss die Arbeitswelt noch familienfreundlicher, altersgerechter, migrantenfreundlicher und teilhabegerechter werden. Gerade auch angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs können wir uns nicht erlauben, wertvolle Ressourcen brach liegen zu lassen.

Mein Ziel ist es, Arbeit in Zeiten der Industrie 4.0 auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gestalten und die Chancen, die die Digitalisierung einem hochentwickelten Land wie Bayern bietet, bestmöglich zu nutzen.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft bringt mehr Flexibilität

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt mehr Flexibilität – mobiles Internet, globales Arbeiten über die Zeitzonen hinweg sind vielfach schon Realität. Die Grenze zwischen der Arbeits- und der Lebenswelt verschwimmt mehr und mehr. Hier ist der Arbeitgeber gefordert Er muss dafür sorgen, dass seine Arbeitnehmer die vorgesehenen Ruhezeiten haben und die Privatsphäre privat bleibt.

Die Flexibilität der Arbeitszeit und des Arbeitsortes kann aber auch eine große Chance für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten. Diese Anpassung der Arbeitswelt an Familienbelange ist auch ein wichtiges

Anliegen des „Familienpakts Bayern“. Damit wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kontinuierlich verbessern.

Überzogene Bürokratievorschriften beim Mindestlohn belasten die Wirtschaft

Jetzt gilt es, die gute Situation zu nutzen, den Vorsprung zu sichern und auszubauen. Unnötige Bürokratievorschriften wie beispielsweise beim Mindestlohn sind kontraproduktiv. Die Bayerische Staatsregierung hat frühzeitig die seitens der Wirtschaft aufgezeigten Vollzugsprobleme aufgegriffen und den Handlungsbedarf beim Mindestlohngesetz und seinen Ausführungsverordnungen auf Bundesebene eingebracht.

Die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt und auch die Gesellschaftsstrukturen verändern sich stark. In Zeiten der Globalisierung gewinnt gerade die Digitalisierung immens an Bedeutung. Als exportorientiertes Land können wir mit den richtigen Weichenstellungen diese Veränderungen jedoch als Chance begreifen. Dabei müssen uns insbesondere auf unsere bayerischen Stärken besinnen, auf Innovation, qualifizierte Arbeit und Flexibilität.



EMILIA MÜLLER, Mdl
Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Bernhard Funke, Bernhard Funke Projekt & Interim Management, Riemerling
- Art-Invest Real Estate Management GmbH & Co. KG, Dr. Ferdinand Spies, München
- Dr. Bernhard Langhammer, Garching
- Inovatools Eckerle & Ertel GmbH, Georg Eckerle, Kinding/Haunstetten
- Cluster Forst und Holz in Bayern gGmbH,

- Dr. Jürgen Bauer, Freising
- Rudolf und Robert Houdek GmbH, Rudolf J. Houdek, Robert Houdek, Starnberg
 - Investa Projektentwicklungs- und Verwaltungs GmbH, Klaus Laminet, München
 - Prof. Dr. Stephan Heller, Heller & Partner, München
 - Dr. Georg Claessens, Tutzing
 - Jenny Speiseder, Pullach

Impressum

Herausgeber:

Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de,

Vi.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann,

Redaktionsschluss: 08.05.2015,

Gesamtproduktion, Anzeigen:

ddmedia Marketing-Dienstleistungen,

Internet: www.ddmedia.info



Wir kümmern uns um Ihre Post

Ob Directmails, Adressmanagement oder Lettershop – wir realisieren intelligente und maßgeschneiderte Direktmarketing-Lösungen, die Response bringen.

Lassen Sie uns über Ihren Erfolg sprechen:

E-Mail: dialog@ts-gmbh.de

Telefon: 089 54746-333

Ihr Direktmarketing-Profi seit über 35 Jahren.

www.ts-gmbh.de

TS DialogmedienCenter
T+S Text und Satz Verarbeitungs-GmbH

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder,

die Finanzminister hierzulande können sich freuen: Nach den jüngsten Berechnungen der Steuerschätzer dürfen Bund, Länder und Gemeinden mit zusätzlichen Mehreinnahmen von rd. 8 Mrd. Euro in den kommenden Jahren rechnen. Für Bayern wird ein Plus von 900 Mio. Euro veranschlagt. Das erlaubt den Regierungen, bei allen Haushaltsrisiken, auf die finanzpolitische Ideallinie einzubiegen, nämlich eine Dreifachstrategie aus „konsolidieren, Bürger und Wirtschaft steuerlich entlasten und investieren“ zu verfolgen. Die Chance sollte entschlossen genutzt werden.

Der Bund hat bereits im Haushalt 2014 eine schwarze Null erreicht. Es sollte ihm nicht schwer fallen, diese Erfolgsstory in den kommenden Jahren fortzuschreiben und vielleicht sogar den einen oder anderen Euro für die Schuldentilgung zu verwenden. Die Länder haben sich nach dem Grundgesetz auf eine Schuldenbremse verpflichtet. Sie müssen bis 2020 ohne Nettokreditaufnahme auskommen,

wie Bayern dies schon seit Jahren gelingt. Angesichts der sprudelnden Steuerquellen sollten auch die meisten anderen Länder diesen „Pfad der finanzpolitischen Tugend“ erreichen – von einigen hoffnungslos überschuldeten Kandidaten einmal abgesehen. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Gesamtschuldenstand der öffentlichen Hand von max. 60 Prozent am Bruttoinlandsprodukt erlaubt. Davon weicht auch Deutschland mit rund 75 Prozent (2014) noch ein ganzes Stück ab.

Die Union hat in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD deren Steuererhöhungspläne erfolgreich abgewehrt. Dass solche Erhöhungen notwendig wären, um dringendste Zukunftsaufgaben erfüllen zu können, wird selbst von den Sozialdemokraten nicht mehr behauptet. Dank einer starken Wirtschaftsleistung haben wir uns vielmehr Spielräume für gezielte steuerliche Entlastungen erarbeitet. Bundesfinanzminister Schäuble hat sich in diesem Punkt lange Zeit quergelegt. Immerhin ist er jetzt bereit, wenigstens die „kalte Progression“ zu bekämpfen, die den Bürgern nach einer Lohnerhöhung im Umfang der Inflationsrate aufgrund der progressiven Steuersätze weniger an realer Kaufkraft im Geldbeutel als vorher belässt. 1,4 Mrd. Euro will er sich diese Bereinigung kosten lassen. Ich meine, sein Entlastungsehrgeiz könnte noch etwas weiter gehen. Die deutsche Wirtschaft investiert zu wenig. Die Bruttoinvestitionen übersteigen kaum die Abschreibungen, d.h. die Nettoinvestitionen liegen dicht bei Null. Unser Mantra ist deshalb seit langem: Verbessert die Abschreibungsbedingungen, führt die degressive AfA dauerhaft wieder ein. Das sorgt für mehr Investitionsnachfrage, verbessert die Wettbewerbsfähigkeit, unterstützt die Betriebe im notwendigen Strukturwandel und finanziert sich im hohen Umfang selbst. Der immer wieder ins Auge gefasste Steuerbonus für F&E-Aufwendungen im Mittelstand

sollte zur Breitenförderung von Innovationen hinzukommen.

Mehr Ehrgeiz wäre im Interesse der Zukunftssicherung und um der internationalen Kritik an den hohen deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschüssen den Wind aus den Segeln zu nehmen, auch bei den öffentlichen Investitionen wünschenswert. Das 10 Mrd. Euro schwere Investitionsprogramm des Bundes ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allein im Bereich der Verkehrsinfrastruktur übersteigt der vordringliche Bedarf die verfügbaren Mittel trotzdem bei weitem. Der Bundesfinanzminister sollte hier noch „eine Schippe drauf legen“.

Bayern geht auch hier mit gutem Beispiel voran. Für ihre Digitalisierungsoffensive wird die Staatsregierung weitere 200 Mio. Euro ins Gefecht werfen, wie Ministerin Ilse Aigner vor kurzem im Landtag angekündigt hat. Für den flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets, die landesweite Unterstützung von Unternehmensgründungen im IT-Bereich und die Förderung von Kooperations-Plattformen für Wirtschaft und Wissenschaft in den Bereichen digitalisierter Produktion, vernetzte Mobilität, IT-Sicherheit, Telemedizin u.a. stehen jetzt fast 2 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine kraftvolle Antwort auf die digitale Revolution – die stärkste aller Länder. Weil auch wir das Thema „Bayern 4.0“ für zukunftsentscheidend halten, haben wir es in den Mittelpunkt unseres Bayerischen Wirtschaftstags 2015 am 27. Juli in meiner Heimatstadt Fürth gerückt. Wir erwarten dort neben Frau Staatsministerin Aigner Prof. Dieter Kempf, den Vorstandsvorsitzenden der DATEV in Nürnberg und Vorsitzenden von BITKOM, mit richtungweisenden Reden. Ich darf Sie zu diesem Großereignis schon heute einladen.

Herzlichst
Ihr **Jürgen Hofmann**



**Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**



PROF. DR. FRANZ CHRISTOPH ZEITLER

„Wie lange noch, Griechen, wollt ihr Eure Schwächen mit dem Ruhm Eurer Vorfahren rechtfertigen?“ Diesen Stoßseufzer hat – nach dem Bericht des antiken Schriftstellers Appian – Julius Caesar nach der Schlacht von Pharsalos (48 v. Chr.) ausgestoßen; er könnte aber genauso gut vom deutschen Finanzminister Schäuble oder dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe der Finanzminister, dem Niederländer Jeroen Dijsselbloem, stammen. Auch der Wittelsbacher König Otto, der das Land seit 1832 regiert hatte, dürfte nach seinem Sturz 1862 ähnlich gedacht haben – nach der Legende hatten sich die von ihm aus Bayern mitgebrachten Finanzbeamten durch ihre Korrektheit unbeliebt gemacht.

In der seit Mai 2010 anhaltenden aktuellen Griechenland-Krise schien das Land bis zum letzten Herbst ökonomisch im Aufwind; nach vielen politischen Rückschlägen und Verzögerungen hatte es als letztes der Euro-Länder mit einem Anpassungsprogramm, nach Irland, Spanien und Portugal, den Weg nach oben gefunden: die Wachstumserwartungen für 2015 lagen bei gut 2,5 Prozent, das Primärdefizit im Haushalt (Defizit unter Ausklammerung des Schuldendienstes) schien überwunden, sodass Griechenland langsam aus dem Schuldenberg herauswachsen hätte können.

Der neuen Syriza-Regierung ist es allerdings „gelingen“, das Land in kürzester Zeit wieder in Rezession und zunehmende Verschuldung zu treiben und vor allem die Vertrauensgrundlagen für Wachstum zu zerstören: Die auf Druck der „Troika“ von EU-Kommission, IWF und EZB eingeführte Unabhängigkeit der Korruptionsbekämpfungsstelle wurde aufgehoben, ein fertiger Gesetzentwurf für eine unabhängige Steueraufsicht wurde kassiert, gegen den neuen Chef der Statistikbehörde, der mit großem Engagement für belastbare Zahlen gesorgt hatte, wird sogar strafrechtlich vorgegangen. Etwa 4.000 Beamte, die wegen fehlender oder gefälschter Diplome aus dem Staatsdienst entlassen worden waren und nach dem Willen der Troika durch junge, hochqualifizierte, aber arbeitslose Hochschulabgänger hätten ersetzt werden sollen, wurden wieder in den Staatsdienst einge-

Die unendliche Geschichte Ist Griechenland noch zu retten?

stellt. Die vor kurzem eingeführten Leistungsprämien im öffentlichen Dienst sind wieder abgeschafft. Gegen den Willen der Rettungsinstitutionen wird eine Steueramnestie auch zugunsten großer Steuerschuldner erlassen. Sozialer Anspruch und Realität der neuen Regierung klaffen somit weit auseinander. Sie versucht, die Probleme mit einer Mischung aus provokativen Aktionen (z.B. Verweigerung des Datenzuganges für die Rettungsinstitutionen; Reparationsforderungen; „Augenzwinkern“ mit Putin) und Selbstmitleid (als Opfer von „Denkblockaden“ oder sogar „Hass“ der europäischen Finanzminister) zuzudecken und somit der Feuerwehr und nicht den (aktuellen und früheren) Brandstiftern die Schuld an der Situation zu geben.

Nach Meinungsumfragen wird die neue Regierung immer noch mehrheitlich von der Bevölkerung unterstützt; die tatsächliche Alltagspraxis offenbart aber ein großes Misstrauen: Wie aus den „Target-Salden“ (Zahlungsverkehrsdaten) des Eurosystems hervorgeht, sind seit Januar über 20 Milliarden € von Gehalts- und Einlagenkonten abgehoben und/oder ins europäische Ausland transferiert worden. Dies ist ein Vielfaches von „Marshall-Plänen“ wie sie oft gefordert werden. Solange aber der Motor stottert und Sand im Getriebe ist, hilft auch ein voller Tank nichts.

Der Kern des griechischen Problems ist seit langem bekannt: Fundamental geht es um das „ökonomische Grundgesetz“ einer Währungsunion: Wer die Vorteile eines einheitlichen Währungsraums ohne „nominalen Wechselkurs“ nutzen will, muss die Wirkungsweise des „realen Wechselkurses“ akzeptieren; dieser wird von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, also der Höhe der Lohnstückkosten, der Preise, letztlich auch der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts und der Effizienz des öffentlichen Sektors bestimmt. Operativ umgesetzt heißt dies: Über eine längere Phase der Lohnzurückhaltung und Preisdämpfung, der Haushaltskonsolidierung, der Reform des Staatsapparats, von Entbürokratisierung und Abschaffung korruptionsanfälliger Genehmigungsverfahren¹ wieder Anschluss an den europäischen und internationalen Wettbewerb zu finden. Es geht dabei nicht nur, wie oft gesagt wird, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen Griechenlands gegenüber den „anonymen Finanzmärkten“; es geht in erster Linie um das Vertrauen der eigenen Bevölkerung: Solange die Bevölkerung nicht den Eindruck hat, für ihre Steuern auch gute öffentliche Dienstleistungen – vor allem im

Gesundheits- und Bildungswesen und in der Justiz – zu bekommen, wird sich an der Steuermoral wenig ändern.

Die aktuelle Lage Griechenlands ist extrem kritisch. Wer am Abgrund marschiert, kann schon durch einen kleinen Fehltritt abstürzen. Die Zahlungsfähigkeit wird im Augenblick nur dadurch formal erreicht, dass die Regierung Mittel der Sozialkassen und Kommunen auf Regierungskonten überweisen lässt, EU-Zahlungen für die Landwirtschaft einbehält und Rechnungen der meist mittelständischen Unternehmen nicht bezahlt, die dadurch oft in den Ruin getrieben werden. Der – aus guten Gründen – von keiner Seite angestrebte „Grexit“, der faktische Ausschluss Griechenlands vom europäischen Zahlungs- und Währungssystem könnte schnell eintreten: Die EZB kann das Liquiditätspolitische „Notstromaggregat“ der ELA-Kredite (die von der griechischen Notenbank auf eigene Rechnung gegen „subprime“-Sicherheiten vergeben werden) und das mit fast 80 Milliarden € schon ca. 40 Prozent des BIP beträgt, nicht uferlos expandieren lassen. Die griechischen Banken haben einen Großteil ihres Eigenkapitals in Form von Steuererstattungsansprüchen (Verlustvorträgen) gegen den griechischen Fiskus; wenn dieser Forderungen aber nicht mehr begleicht, werden die europäischen Bankaufseher die Solvenz der Institute in Zweifel ziehen müssen. In dieser Situation hat es ausschließlich die griechische Regierung selbst in der Hand, nicht nur durch Ankündigungen, sondern durch die Umsetzung von Reformzusagen in Gesetz und Verwaltung das Ruder herum zu reißen und die für das Land immensen Risiken einer ungeordneten Insolvenz zu vermeiden. Die europäischen Institutionen sollten dies mit einer klaren Kommunikationspolitik unterstützen: Weitere Mittel aus dem laufenden Hilfsprogramm sind im ureigenen griechischen Interesse nur bei Erfüllung der mehrmals gegebenen, zuletzt noch im Februar wiederholten Zusagen² möglich. Neue Hilfen an Athen setzen auch voraus, dass sich die dortige Regierung im europäischen Werte-Konsens verankert sieht und sich nicht in sicherheitspolitischen Fragen, etwa der Ukraine-Sanktionen oder der europäischen Energiepolitik isoliert.

PROF. DR. FRANZ CHRISTOPH ZEITLER
Vorsitzender des Ausschusses Finanzmärkte

¹ Die OECD hat über 250 solcher bürokratischen und korruptionsanfälligen Genehmigungsverfahren identifiziert.

² sowohl nach dem Fiskalpakt vom 9.12.2011 wie dem ESM-Vertrag vom 2.2.2012 sind Hilfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus nur möglich, wenn das betreffende Land den Fiskalpakt und damit u.a. die Schuldenbremse tatsächlich umsetzt.

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

17. April – Ausschuss für Steuer- und Finanzpolitik

Gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler hatte der Ausschuss von Rolf von Hohenhau zu einer europapolitischen Veranstaltung eingeladen. Unter der Leitung von Dr. Ralf Schneider diskutierten über „Neue Strategien für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa – Anspruch und Realität“: Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS); Martin Friedrich, Co-CIO & Leitung Kapitalmarktanalyse HQ Trust GmbH; Johannes Hintersberger, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, und Dr. Barbara Kolm, Präsidentin Friedrich August von Hayek Institut, Direktor Austrian Economics Center (AEC).



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Ingo Friedrich, MdL Johannes Hintersberger, Dr. Ralf Schneider, Martin Friedrich, Dr. Barbara Kolm

21. April – Alpenblicke - Ausschuss für Medienpolitik

Der Medienausschuss mit dem neuen attraktiven Format „Alpenblicke“ zu Gast bei Sky Deutschland in Unterföhring. Der neue Ausschussvorsitzende Prof. Wolfram Winter hatte zur ersten Veranstaltung unter seiner Leitung Staatsminister Dr. Marcel Huber gewinnen können. Nach einem kurzen Impulsreferat stellte sich der Staatskanzleichef im Zwiegespräch den kritischen Fragen und Nachfragen Winters. Im Mittelpunkt: die Zukunft des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks.



Foto v.l.n.r.: Prof. Wolfram Winter, Staatsminister Dr. Marcel Huber

23. April – Bezirk Mittelfranken

Prof. Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern, war einer Einladung des Bezirksvorsitzenden Dr. Christian Bühler gefolgt. Vor gut besetztem Auditorium referierte Götzl über die Griechische Staatsschuldenkrise und die von der EU geplante Kapitalmarkt-Union. Er ging dabei

vor allem auch der Frage nach den Auswirkungen auf den Mittelstand nach.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Stephan Götzl, Dr. Christian Bühler

23.-24. April – Ausschuss für Mittelstandspolitik

Jubiläum bei den Bayerisch-Sächsischen Unternehmertagen, die 2015 bereits zum 25. Mal stattfanden, in diesem Jahr wieder in Kloster Banz. Leitthema der Tagung „Der Mittelstand im Digitalen Aufbruch“. Auf dem Programm standen Vorträge von Markus Blume, MdL, Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU; Jochen Wießler, Mitglied der Geschäftsleitung SAP Deutschland; Florian Seitner, Cyber Allianz Zentrum Bayern; Tim Brauckmüller, Geschäftsführer Breitbandbüro des Bundes; Dr. Dirk Orlamünder, Abteilungsleiter Grundsatz im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; und Marcus Putschli, Vorstand der e-dox AG. Der Ausbau des schnellen Internets und der digitale Wandel in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft standen dabei ebenso zur Diskussion wie die Sicherheit im Netz.



Foto: Simone Hartmann, Landesvorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU – Landesverband Sachsen, und Alexander Lerch, Vorsitzender Mittelstandsausschuss Wirtschaftsbeirat Bayern (2. Reihe Mitte) mit Teilnehmern

28. April – Bezirk Oberland

Zahlreiche Mitglieder und Gäste genossen die Gastfreundschaft der Lantenhammer Destillerie und ihres Geschäftsführers Anton Stetter in Hausham. Der Name Lantenhammer steht nicht nur für edle Obstbrände, sondern auch für den bayerischen Kult-Whisky „Slyrs“. Nach einem Rundgang durch die modernste Destillerie Europas sprach Präsident Dr. Otto Wiesheu unter

der Leitung von Bezirksvorsitzendem Dr. Norbert Kruschwitz über „Wirtschaftspolitik heute für unsere Wettbewerbsfähigkeit von morgen“.



Foto v.l.n.r.: Anton Stetter, Dr. Norbert Kruschwitz, Dr. Otto Wiesheu, Siegfried Stetter (Quelle: foto-al.de)

28. April – Ausschuss Dienstleistungen

Ein Thema, das immer wieder für Abgrenzungsprobleme und Unsicherheit sorgt, hatte Vorsitzende Ingeborg Balogh auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt: „Scheinselbständigkeit“. Elisabeth Mette, Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts, und Werner Krempl, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern, referierten und stellten sich der Diskussion.



Foto (GG) v.l.n.r.: Werner Krempl, Elisabeth Mette, Ausschussvorsitzende Ingeborg Balogh

29. April – Bezirk Memmingen

„Kampfkunst und Management“ – Bieten die Lehren und Erkenntnisse alter asiatischer Kampfkünste moderne Ansätze für innovative Führungsmodelle und ethisches Geschäftsverhalten? Henry Schubert, Dipl.-Wirtschaftsjapanologe (FH), Führungslehrer und Trainer, ging dieser auf den ersten Blick exotischen Frage nach und konnte eine Reihe von Parallelen ziehen. Die Lektüre der einschlägigen alten und modernen Schriften lohnt.



Foto v.l.n.r.: Staatsminister a.D. Josef Miller, Henry Schubert, Bezirksvorsitzende Anja Dreher, GS Dr. Jürgen Hofmann >> Seite 6

>> weiter von Seite 5

6. Mai – Bezirk Inn/Salzach

Burghausen wird Hochschulstandort. Dies ist Teil der Initiative der Staatsregierung, die regionale Wirtschafts- und Innovations- und Wirtschaftskraft in allen Landesteilen zu stärken. Ein jahrelanger Wunsch, der auch vom Bezirksvorsitzenden Willi Kleine immer wieder geäußert wurde, geht damit in

Erfüllung. Die Hochschule Rosenheim ist mit dem Aufbau betraut. Deren Präsident, Professor Heinrich Köster, stellte die bereits weit gediehenen Pläne im Gäste-Casino der Wacker Chemie vor.

Foto v.l.n.r.: Dr. Dieter Gilles, Werkleiter Burghausen der Wacker Chemie AG, Dr. Willi Kleine, Prof. Heinrich Köster, GS Dr. Jürgen Hofmann



Terminvorschau

12. Juni, Halblech

Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu: „Industrie 4.0“, Besichtigung der Otto Bihler Maschinenfabrik GmbH & Co. KG mit Staatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL

15. Juni, München

Ausschuss für Verkehr: Mag. Ingrid Felipe, Landeshauptmann-Stellvertreterin in Tirol, „Verlagerung als Schlüssel zu erfolgreicher europäischer Verkehrspolitik“

15. Juni, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr.-Ing. Randolf Hanke, Geschäftsführender Institutsleiter Fraunhofer IZFP, Stellv. Institutsleiter Fraunhofer IIS, Bereichsleiter Fraunhofer EZRT, „Die Fraunhofer-Gesellschaft – Ein versteckter Riese im Dienste der Industrie“

19. Juni, Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land mit BKU: Frauenwörter Gespräche mit Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, „Europa – strategische Perspektiven, Probleme und Herausforderungen“

23. Juni, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Besichtigung des Hotels Deutsche Eiche, Münchens besondere Traditionsgaststätte, mit Anekdoten des Wirtes Dietmar Holzapfel

23. Juni, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Udo Steinbach, HUMBOLDT-VIADRINA Universität Berlin, Leitung Governance Center Middle East - North Africa, „Iran – Politik und Wirtschaft eines ehrgeizigen Landes – Welche Zukunft hat die alte Partnerschaft mit Deutschland?“

24. Juni, München

Wehrpolitischer Gesprächskreis: Dr. Marcel Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben, „Aktuelle Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik und

Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Bayern“

25. Juni, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Besuch der AUDI AG u.a. mit Vorträgen von Axel Strotbek, Mitglied des Vorstands, Finanz und Organisation; Dr. Brian Rampp, Leiter Politik; Thomas Müller, Leiter Entwicklung Brems-, Lenk-, Fahrerassistenzsysteme; Reinhard Otten, Umwelt Produkt; Dr. Henning Löser, Leiter Technologieentwicklung thermisches/mechanisches Fügen, „Zukunftsthemen der Audi AG“

29. Juni, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Prof. Dr. Günter Neubauer, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomik, „Die Demografie als Herausforderung für unser Gesundheitswesen“

30. Juni, München

Bezirk München: Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK für München und Oberbayern; Dr. Lothar Semper, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern; Konstanze Carreras, Leadfunktion BMW Group Berufsausbildung; Sascha Skorupa, Geschäftsführender Gesellschafter der Incca GmbH; Nico Singer, Ortsvorsitzender der Jungen Union Obergiesing, „Es muss nicht immer Studium sein – Chancen der Beruflichen Ausbildung“

2. Juli, Rosenheim

Bezirk Rosenheim: Prof. Dr. Michael Stürmer, ehem. Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik

14. Juli, Unterföhring

„2. Alpenblicke“ Ausschuss Medienpolitik: Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Medienpolitik in Bayern – Chancen und Perspektiven für einen starken Standort“

15.-16. Juli, Brüssel

Forum Brüssel: voraussichtl. Delegationsreise nach Brüssel

16. Juli, Passau

Bezirke Passau, Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, „Österreich und Bayern – Hand in Hand in der Mitte Europas“

20. Juli, München

Bezirk München gemeinsam mit dem Ausschuss für Tourismus: Geraldine Knudson, Leitung München Tourismus der Landeshauptstadt München, „Die Zukunft des München Tourismus“

21. Juli, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Prof. Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern, „Mittelstandsfinanzierung und Kapitalmarktunion“

22. Juli, Rothenburg o.d.T.

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und EKD Ratspräsident

27. Juli, Fürth

Bayerischer Wirtschaftstag „Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel offensiv gestalten!“ mit Ilse Aigner, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin f. Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und Prof. Dieter Kempf, Präsident BITKOM, Vorsitzender des Vorstands DATEV eG

12. August, München

Bezirk München: Sommerlounge

13. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU Grundsatzkommission

Weitere Termine und Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.wbu.de

